

Marcin Król

POLEN 2006

Sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005 mit den jeweils vorausgegangenen Wahlkampagnen waren von besonderen Merkmalen geprägt, die seitdem für das politische Leben in Polen kennzeichnend sind. Dieses ist das erste Thema, das ich behandeln möchte. Die politische Szene Polens wird in stärkerem Maße, als dies in den anderen Demokratien der Fall ist, von den Massenmedien gestaltet, und zwar insbesondere von den elektronischen Medien. Dieses wird das zweite Thema des vorliegenden Textes sein. Die Transformationsprozesse in Polen seit 1989 und vor allem jene der letzten Jahre haben dazu geführt, dass von gesellschaftlicher Solidarität, einem Sinn für das Allgemeinwohl sowie von Patriotismus kaum noch etwas zu spüren ist, und hierüber möchte ich als drittes sprechen.

DIE BESONDEREN MERKMALE DER POLITISCHEN SZENE IN POLEN

Die Regierungen der Allianz der demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD) 2001–2005 waren derart erfolglos und korrumpiert, dass sie ihrer Partei nicht nur eine peinliche Wahlniederlage bescherten, sondern auch ihre linken oder sozialdemokratischen Ideale selbst in Misskredit brachten. Deshalb zählten sich zu Beginn des Wahlkampfes im Herbst 2005 alle anderen Parteien außer den Resten der SLD zum rechten oder zum konservativen Lager (wobei man recht unterschiedliche Vorstellungen mit den Begriffen »rechts« und »links« verband). Das führte zu der paradoxen Situation, dass sich prominente Mitglieder der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO), welche laut ihren Gegnern ein liberales Programm vertrat, selbst öffentlich als Konservative bezeichneten, obwohl es ihnen in diesem Zusammenhang eher um moralisch-sittliche als um wirtschaftliche, rechtliche oder politische Positionen ging. Gleichzeitig stufte sich diejenige Partei als rechts ein, die die Wahlen gewonnen hatte, nämlich Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS), obwohl ihr Programm eine undurchsichtige Mischung aus rechten Ideen vom starken Staat und linken Ideen von gesellschaftlicher Solidarität enthielt. Die Begriffe »rechts« und »links« verwende ich hier im konventionellen Sinne, da sie weltweit ihre klare Bedeutung verloren haben. In Polen ist dies in ganz besonderem Maße der Fall, was gerade in politischen Debatten und Polemiken deutlich wird, wo man sich gegenseitig recht unbefangenen der Zugehörigkeit zum linken oder rechten politischen Spektrum bezichtigt, noch dazu ohne erkennbaren Sinn.

Zudem hatten die Wähler die Gelegenheit, für die Liga der polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin, LPR) zu votieren, die zweifellos politisch rechts anzusiedeln ist. Als Partei mit einer gewissen nationalistischen, vor allem aber stark katholischen Aus-

richtung war die Liga erstaunlich wenig um die offizielle Zustimmung der Kirche bemüht. Personelle Streitigkeiten führten sogar dazu, dass die Liga die Unterstützung eines mächtigen Massenmediums verlor, welches »Radio Maryja« in Polen darstellt. Und schließlich konnten sich die polnischen Wähler, wenn man von der schwächelnden Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) absieht, für eine andere, ebenfalls theoretisch unter »Bauernpartei« laufende Gruppierung entscheiden, nämlich für die »Selbstverteidigung« (Samoobrona). Das Programm dieser Partei kann man unmöglich wiedergeben, weil diese Partei zu keiner Zeit ein Programm besessen hat, sondern sich einzig und allein auf ihren starken Parteiführer Andrzej Lepper stützt, der in seinen Äußerungen populistische, rückwärtsgewandte und damit letztlich linke Inhalte mit derart primitiven und unmöglich zu realisierenden Forderungen vermengt, dass zu bezweifeln war, ob überhaupt jemand dieser Partei seine Stimme geben würde, und doch haben es zwölf Prozent der Polen getan.

Um die politische Situation nach den Wahlen 2005 verstehen zu können, muss man wissen, dass seit mindestens zwei Jahren immer wieder behauptet wurde – so lange, bis die Wähler es als Tatsache ansahen –, dass die Regierung sowieso aus einer Koalition zweier Parteien gebildet werden sollte, nämlich der PO und der PiS. Als es dann zu den Parlamentswahlen kam, gab die überragende Mehrheit der Polen ihre Stimme einer der beiden Parteien – in der festen Überzeugung, dass es keine große Bedeutung habe, für welche der beiden sie votierten, weil sie damit für die ohnehin von vornherein feststehende Koalition stimmten. Als kürzlich die Präsidentschaftswahlen anstanden, verschärften die rivalisierenden Kandidaten beider ehemaligen Koalitionspartner deutlich den Ton, und die Polen überkamen langsam Zweifel, ob es wirklich zu einer Koalition zwischen PO und PiS kommen würde. Es hat sich herausgestellt, dass die Zweifel berechtigt waren. Die kurzlebigen Koalitionen, welche die aus den Wahlen als Sieger hervorgegangene PiS bildete, waren so instabil, dass es binnen weniger Wochen oder Monate zweifelsfrei in Polen zu vorgezogenen Neuwahlen kommen wird, was aber, wie ich im Folgenden zeigen werde, sicherlich nicht zu nennenswerten Veränderungen führen wird.

Diese für sehr viele polnische Wähler enttäuschende Überraschung hatte jedoch nicht nur praktische Konsequenzen. Das Nichtzustandekommen einer großen Koalition führte zu einer noch größeren Unschärfe der politischen Ideen und Programme, die sich schon vor den Wahlen so deutlich abgezeichnet hatte. Robert A. Dahl, einer der bedeutendsten Demokratietheoretiker, nennt unter fünf Punkten, deren Verwirklichung für das Funktionieren einer Demokratie unerlässlich ist, das Vorhandensein klar formulierter und sich voneinander unterscheidender politischer Programme, damit die Wähler auch tatsächlich eine Wahl haben. Von dieser Voraussetzung war die Situation vor den Wahlen 2005 sehr weit entfernt und ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch viel mehr. Das liegt zum einen an jener allgemeinen, nebelhaften Tendenz zum rechten politischen Rand, aber auch an der Tatsache, dass alle Parteien sich in ihrer Geringschätzung politischer Programme einig sind. Oftmals existiert praktisch keines, und selbst wenn ein Programm einmal verkündet wird, dann ist es zumeist so allgemein gehalten, dass es für den potenziellen Wähler keinerlei Anhalt bietet. Hinzu kommt, dass die Politiker auf der ganzen Welt in ihren Wahlkampagnen mehr versprechen, als sie hinterher

realisieren können. In Polen wurden jedoch während des Wahlkampfes und danach derart offensichtlich unrealistische und schlichtweg unsinnige Versprechen gegeben, dass die Vertreter der Parteien sich damit selber vollkommen unglaubwürdig machten. Darüber hinaus war der Wahlkampf im Herbst 2005 keineswegs zu Ende, weil das Fehlen einer stabilen Koalition dazu führte, dass das Land seitdem mindestens viermal an der Schwelle zu Neuwahlen stand. Das hat wiederum zur Folge, dass die politischen Parteien ständig auf eventuelle Neuwahlen vorbereitet sein müssen und sich daher verhalten, als befänden sie sich im Dauerwahlkampf.

Auch die stärkste der Parteien, die PiS, bildet hier keine Ausnahme. Die Äußerungen ihrer führenden Vertreter, insbesondere aber des Premierministers Jarosław Kaczyński, machen deutlich, dass auch hier ein ununterbrochener Wahlkampf geführt wird, statt dass man sich um die Regierungsgeschäfte kümmert. Weil die PiS keinerlei nennenswerte innenpolitische Erfolge erzielen konnte und sich in der Außenpolitik als ganz und gar unfähig gezeigt hat, trägt ihr Wahlkampf dieselben Merkmale wie im Herbst 2005, einschließlich einiger unsinniger Versprechen, wie zum Beispiel des Plans, drei Millionen neue Wohnungen innerhalb einer relativ kurzen Zeit zu bauen. Solch ein Verhalten einer Regierungspartei stößt natürlich auf Kritik, bei der Opposition sogar auf Spott, und verleitet andererseits den politischen Gegner – darunter die mächtige PO – dazu, auf demselben Niveau zu reagieren, statt weitergreifende, durchdachte und gut begründete Zukunftsentwürfe für Polen zu formulieren.

Bei all dem nebulösen rechtspopulistischen Gerede über irgendwelche strategischen Pläne werden zwei Dinge ganz vergessen: nicht nur, dass diese Pläne nicht realisiert werden, sondern dass sie gar nicht existieren. Ebenso vergisst man die Problematik der Wirtschaft (was in diesem Fall für Polen günstig ist, denn die Tatsache, dass die Regierung sich nicht in die Wirtschaft einmischt, ermöglicht ihre schnelle Entwicklung), die gesellschaftlichen Probleme, die drängenden Fragen des Gesundheitssystems oder der staatlichen Fürsorge überhaupt. Das Gesundheitssystem stellt ein ganz typisches Beispiel dar. Ganz Polen weiß, dass die Lage in vielerlei Hinsicht dramatisch ist, und gleichzeitig unternimmt weder eine der Parteien, einschließlich der regierenden, notwendige Schritte in Richtung auf eine wenigstens langsame Verbesserung, noch gibt es irgendwelche Pläne oder Vorschläge auf diesem Gebiet, oder sie sind so geheim, dass niemand davon weiß.

Aus den genannten Gründen und auch aus Gründen der Wahlarithmetik im Falle vorgezogener Wahlen, die die politische Rangfolge noch etwas verändern und die PO möglicherweise auf den ersten Platz bringen könnten, wird es zu keinerlei wesentlichen Veränderungen kommen, und ohne eine echte Sozialdemokratie in Polen wird es dazu auch nicht kommen können. Außerdem sind alle Umfrageergebnisse zur Wählermeinung, die man so begeistert publiziert hat, als ganz und gar unsicher zu bewerten, weil die Bürger, die sich für eine der Parteien aussprechen, dies nicht aus irgendwelchen rationalen Gründen tun, denn solche existieren nicht. Ihre Entscheidung ist vielmehr emotional, ästhetisch oder – seltener – moralisch motiviert, nicht aber politisch. Genau hier liegt das derzeit größte Problem in Polen: Das Land hat eine nahezu komplette Zerstörung der politischen Kultur zu beklagen, den Autoritätsverlust ihrer Vertreter und eine stetig sinkende Wahlbeteiligung – ohnehin die niedrigste unter allen zivilisierten Demo-

kratien der Welt. Dieser enorme Vertrauensverlust wird nur sehr schwer zu korrigieren sein, und deshalb sind die Prognosen nicht nur für die nächsten Monate, sondern für das ganze Jahrzehnt äußerst pessimistisch.

Das Verhältnis der polnischen Bürger zur aktuellen Politik in Polen ist schwer zu beschreiben. Sie spüren eine allgemeine Unbehaglichkeit, den Mangel an Demokratie, aber das, was momentan geschieht, lässt sich nicht genau definieren. Natürlich wäre es die Aufgabe von Fachleuten, also Publizisten, Soziologen, Politikwissenschaftlern oder einfach klugen Menschen, einen Versuch zu unternehmen, die Mechanismen zu verstehen, die die aktuelle polnische Politik beherrschen, und nach den Ursachen für diese Situation zu suchen. Am häufigsten ist die Rede von der Entstehung oder dem Vorhandensein zweier bisher unbemerkt gebliebener oder auch zu wenig wahrgenommener Gesellschaftsgruppen, die sich sehr stark voneinander unterscheiden. Auch heißt es, dass die jetzige Koalition von Menschen unterstützt wird, die durch den 1989 begonnenen Transformations- und Modernisierungsprozess eher verloren als gewonnen haben – so jedenfalls ist ihre subjektive Wahrnehmung. Beide Erklärungen führen zu demselben Schluss: Die Unterschiede zwischen diesen beiden großen Bevölkerungsgruppen in Polen sind so gewaltig, dass man schwerlich Hoffnung haben kann, diese auf eine vernünftige und erfolgreiche Art und Weise ausgleichen zu können.

Allerdings bin ich nicht hundertprozentig mit derartigen Interpretationen einverstanden, und zwar hauptsächlich deshalb, weil ich überzeugt bin, dass in jeder Gesellschaft eine ähnliche Unterteilung existiert, vor allem dort, wo man einen Modernisierungsprozess durchläuft oder durchlaufen hat. Eine Spaltung ist umso leichter zu vermeiden, je kleiner die betreffende Gesellschaft ist, im günstigsten Falle wenn die Gesellschaft ein Volk und gleichzeitig einen Staat bildet, und je stärker der Einfluss einer langjährigen sozialdemokratischen Tradition ist. Deshalb existieren bis heute oder existierten bis vor Kurzem, bevor das Problem der Immigranten in ernstzunehmendem Maße auftrat, solche starken und innerlich nicht aufgespaltenen staatlichen Gemeinschaften wie die dänische, schwedische, finnische oder österreichische. Weder in Frankreich noch in Spanien, Italien oder Großbritannien – von den Vereinigten Staaten, wo erhebliche gesellschaftliche Unterschiede bestehen, gar nicht zu reden – ist es jedoch bis jetzt gelungen, die innere Aufspaltung der Gesellschaft, die sich ganz ähnlich wie in Polen vollzogen hat, zu überwinden, und es ist auch nicht absehbar, wie dies in nächster Zeit gelingen sollte.

Der Sozialdemokratie, aber auch den Christdemokraten sowie in einigen Ländern den Konservativen und Liberalen ist es gelungen, die ästhetisch und moralisch skandalöse Kluft zwischen jenen, die haben, und den anderen, die nicht haben, in gewissem Maße zu überwinden. Jede Form gesellschaftlicher Ungleichheit ist ein Skandal, und doch weiß man, dass sich diese Ungleichheiten aus vielerlei Gründen nicht ganz beseitigen lassen. Dennoch lässt sich vieles erreichen, nicht nur indem man versucht, eine Gleichheit für alle einzuführen – ein Mythos, für den die Sozialisten und Kommunisten bekanntlich gefürchtet waren –, sondern vielmehr indem man die Ungleichheit, nämlich die von Armut, Not, Düsternis und Chancenlosigkeit betroffenen Schichten, möglichst verkleinert, und zwar so, dass es einfach keine Armen mehr gibt. Es gibt zwar Menschen, die mit bescheidenen Mitteln leben, aber doch ausreichend versorgt sind, um die Gesellschaft zu

schätzen, die ihnen dieses ermöglicht. Reiche wird es auch geben, aber es sind nicht viele, und sie treten zurückhaltend auf. Nur unter solchen Bedingungen können Gesellschaften existieren, in denen der Konflikt zwischen Gegnern und Befürwortern einer Modernisierung eine verhältnismäßig geringe Rolle spielt, in denen beide Seiten sich ihrer Haltung oft gar nicht bewusst sind und diese sehr unterschiedlich zum Ausdruck bringen. Grundsätzlich jedoch ist solch eine Spaltung potenziell unheilvoll, weil sie immer ein Dauerproblem darstellt, das außerdem, wenn es von Politikern ausgenutzt wird, sich verfestigt und manchmal sogar verschärft.

Es handelt sich hierbei auch nicht – entgegen einer anderen Interpretation der Lage in Polen – um eine populistische Beeinflussungsmethode. Von Populismus kann man sprechen, wenn er sich in schärferer und deutlicherer Form äußert, wie im Argentinien Peróns oder in Ägypten unter Nasser. In allen demokratischen Gesellschaften haben wir es dagegen mit einer populistischen Komponente der Politik zu tun. Seit es die Massenmedien gibt, also massenweise politische Broschüren und Pamphlete im ausgehenden 19. Jahrhundert und etwas später das Radio, lässt sich Populismus, das heißt politische Äußerungen, die die Wirklichkeit auf einfache Losungen verkürzen, nicht mehr vermeiden. Sehr oft erheben deshalb die Theoretiker der Demokratie ein großes Geschrei, doch alles Wehklagen ist vergebens, denn es gibt nur zwei Wege, sich Populismus vom Leibe zu halten: Entweder macht man aus allen oder wenigstens aus der großen Mehrheit der Bürger »aufgeklärte Wähler«, was nicht zu erreichen ist, oder man kommt überein, dass nur die Eliten regieren sollen, und der Rest mischt sich nicht in die Politik ein. Das ist allerdings ebenso unwahrscheinlich. Polen ist also zu einer gewissen Dosis Populismus verurteilt, und da hilft es nicht zu klagen, sondern man sollte lieber überlegen, wie man diesen Populismus einschränken kann, damit er keine übermäßig wichtige Rolle spielt.

Außerdem ist der Populismus eine äußerst unästhetische Erscheinung – simple Worte, viel Lug und Betrug, primitive und gemeine Gedankenkonstruktionen. Finden die Menschen denn wirklich Gefallen an den populistischen Führern? Man weiß es nicht genau, weil es unmöglich ist, die populistische Komponente aus den Standpunkten der Politiker herauszufiltern. Nicht einmal die Soziologen können eine Erfolgsquote populistischer Komponenten nachweisen. Zudem ist unser demokratischer Populismus schon zu etwas geworden, was als zur Norm gehörend behandelt wird, sodass man ihm nicht einmal besondere Aufmerksamkeit schenkt. Die politische Propaganda ist so stark mit populistischen Elementen, das heißt mit billigen Versprechen, und zwar gerechtfertigten, aber sehr vereinfachten Losungen, durchsetzt, dass man unmöglich erkennen kann, welche politischen Mittel am erfolgreichsten sind.

Und schließlich bin ich auch nicht der Meinung, dass jene Stimmen Recht haben, die auf das überdurchschnittlich schwach ausgebildete Bürgerbewusstsein der Polen verweisen oder auch auf ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Politik. Die tatsächlich im Vergleich mit anderen demokratischen Ländern auffallend geringe Wählerbeteiligung bei allen Gelegenheiten (Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen) ist zweifellos beunruhigend, liefert aber in keiner Weise ein Zeugnis ab über ein fehlendes staatsbürgerliches Bewusstsein oder gar eine kollektive Ignoranz der Gesellschaft, sondern bekundet ein fehlendes Vertrauen in mögliche vorteilhafte Konsequenzen der

Stimmabgabe. Die Polen sind in zunehmendem Maße davon überzeugt, dass sie keine echte Wahl haben, und diese Ansicht zeugt eher von einem sehr ausgeprägten staatsbürgerlichen Bewusstsein, weil sie den Nagel auf den Kopf trifft.

DAS EINDRINGEN DER MASSEN MEDIEN IN DIE SPHÄRE DER POLITIK

Es ist allseits bestens bekannt, in welcher Weise die Massenmedien, und hier besonders die elektronischen, die Politik beeinflussen. Wie unvorteilhaft sich dieser Einfluss auswirken kann, ist in Hunderten von Artikeln und Büchern zu diesem Thema schon beschrieben worden. Wir wissen auch, dass die Präsidentschaftskandidaten telegen sein sollten, obwohl das nicht überall in Europa die Regel ist, wie man ausdrücklich am Beispiel Deutschland sehen kann. Ferner ist bekannt, dass heutzutage das Fernsehen den wichtigsten Ort für öffentliche Debatten darstellt, was eine Wirkung auf die Qualität der Diskussionen hat und sogar auf ihren Inhalt. Die Art und Weise jedoch, wie sich die Rolle des Fernsehens in Polen geändert hat, geht über alle bisher in der westlichen Literatur geäußerten Mutmaßungen und Befürchtungen hinaus.

Vor allem seit den letzten Wahlen, im Grunde aber schon seit fast drei Jahren zeigt das Fernsehen ein pausenloses Politspektakel. Damals konnten dank einer ununterbrochenen Fernsehübertragung Millionen von Polen die Beratungen des ersten Sejm-Untersuchungsausschusses zur sogenannten Rywin-Affäre am Bildschirm verfolgen, was in diesem Falle sehr positiv war. Seit einem Jahr hingegen findet quasi die gesamte Politik im Fernsehen statt. Politische Bündnisse werden geschlossen oder zerfallen wieder vor laufenden Kameras, alle Kommentare und Polemiken haben hier ihr Forum und manchmal auch, aber deutlich seltener in der Tagespresse. Alle Politiker haben stets ihr Make-up-Set dabei, weil sie so oft von einem Fernsehstudio ins nächste eilen müssen, von den öffentlichen TV-Sendern zu den kommerziellen. Es kommt vor, dass sie an einem Tag beispielsweise in drei verschiedenen Fernsehsendungen und zusätzlich noch in zwei Radiosendungen auftreten. Ohne das Fernsehen würden die Politiker praktisch nicht existieren.

Worauf beruht dieses erstaunliche Phänomen und woher kommt es? Welche Konsequenzen hat es?

Wie zuvor bereits erwähnt, stützt sich das Funktionieren einer Demokratie maßgeblich auf die öffentliche Diskussion. Diese Debatte findet in einer guten Demokratie überall statt, natürlich vor allem im Parlament und in den Massenmedien. In Polen legt hier das Fernsehen die Standards fest, aber sowohl hinsichtlich der politischen Situation als auch bezüglich der Natur des Fernsehens hat diese Debatte fast immer den Charakter eines Zweikampfs. Anders gesagt, das Ziel der Diskussion ist es weder, die Zuschauer über einzelne Standpunkte von Politikern oder Publizisten zu informieren, denn diese sind bekannt, noch wird versucht, den Bürgern zu ermöglichen, sich eine genauere Meinung zu bilden, weil dies für das Fernsehen wenig attraktiv ist, sondern man ist bestrebt, zwei gegensätzliche Standpunkte miteinander zu konfrontieren, die möglichst aggressiv geäußert werden sollten. Natürlich rührt diese Methodik teilweise daher, dass man auf solche Art und Weise am besten Zuschauer gewinnt. Ihre perma-

nente Anwendung macht jedoch aus der öffentlichen Diskussion ein endloses Gezänk, in dem der Kern der Sache bisweilen ganz und gar verloren geht.

Darüber hinaus sind es immer dieselben Politiker aus unterschiedlichen Parteien, die zu dieser Art öffentlicher Debatten eingeladen werden, und zwar deshalb, weil sie eine außerordentlich deutliche, um nicht zu sagen brutale Sprache sprechen. Dieses hinterlässt bei den Zuschauern den Eindruck, dass die Politik einen sehr viel brutaleren Charakter hat, als dies in Wirklichkeit der Fall ist. Außerdem wirkt es so, als ob man sich in praktisch allen Fragen unversöhnlich gegenüberstünde und als ob selbst die belanglosesten Probleme nicht gemeinsam gelöst werden könnten oder nicht einmal jene, in denen noch vor Kurzem scheinbar eine Einigung erzielt worden war. Zu Streitfragen werden solche Angelegenheiten wie: ob genug Autobahnen gebaut werden (alle wissen: nein) oder ob das polnische Gesundheitssystem leistungsfähig ist (alle wissen: nein). Von daher kann man sagen, dass die Massenmedien und insbesondere das Fernsehen die Konflikte nur schüren, statt wirklich die verschiedenen Standpunkte vernünftig aufzuzeigen.

Hieraus wiederum folgt, dass die Politiker generell nicht wirklich miteinander debattieren und dass so etwas wie echte Diskussionen über Parteiprogramme gar nicht stattfinden, weil nicht einmal die Idee eines politischen Programms vorhanden ist. Außerdem liegt es in der Natur der Massenmedien, dass täglich neue Nachrichten erscheinen, während jene von gestern und vorgestern schnell in Vergessenheit geraten. Dadurch fehlt es an Kontinuität, und die gestrigen Auseinandersetzungen werden von neuen, aktuellen Problemen verdrängt. Das Fernsehen in Polen ist ganz und gar von der Politik beherrscht, und dieses führt zu wachsenden Missverständnissen und Konflikten.

DER RÜCKGANG VON GESELLSCHAFTLICHER SOLIDARITÄT UND PATRIOTISMUS

Um dieses Phänomen zu beschreiben, müssen wir uns zu den Anfängen des neugeborenen Polens zurückbegeben, das heißt in das Jahr 1990 und zu den Reformen Balcerowiczs. Zwei parallele Entwicklungen fanden in den Jahren 1988–1990 in Polen statt: die Hyperinflation und ein kurzer Zeitraum, in dem es nie dagewesene Möglichkeiten gab, entweder dank guter Beziehungen zur ehemaligen kommunistischen Führung oder dank individuellen Unternehmergeists sein Glück zu machen. Das hatte eine gesellschaftliche Revolution ganz eigener Prägung zur Folge und brachte eine neue kapitalistische Klasse hervor, die danach die Gesellschaft dominieren sollte. Im Jahre 1990 führte Leszek Balcerowicz eine radikale Wirtschaftsreform durch, die die Wirtschaft auf das richtige Gleis brachte und die Inflation radikal zurückschraubte. Von diesem Zeitpunkt an funktionierte die polnische Wirtschaft im Prinzip gut, und gerade in letzter Zeit zeichnen sich sehr günstige Entwicklungen ab. Jedoch fanden sowohl diese »wilden« Anfänge des Kapitalismus als auch Balcerowiczs Reformen ausschließlich auf dem Gebiet der Wirtschaft statt, während das gesamtgesellschaftliche Umfeld praktisch vergessen und seinem Schicksal überlassen wurde. In der Folgezeit versuchten die jeweiligen Regierungen Mittel und Wege zu finden gegen die in erschreckendem Maße steigende Arbeitslosigkeit, den dramatischen Zustand der Sozialfürsorge und die wachsende Anzahl jener Menschen, die in der Sprache der Soziologen zur »Unter-

schicht« gezählt werden. Die ergriffenen Maßnahmen waren und sind nur sehr begrenzt erfolgreich, und andererseits ist das Ausmaß der Probleme so dramatisch, dass man auf keine grundlegende Veränderung hoffen kann, solange die Frage der gesellschaftlichen Solidarität nicht oberste Priorität erhält.

Nicht diese Probleme an sich möchte ich beleuchten, sondern den Einfluss, den die gegebene Situation auf die Qualität der Gesellschaft und der Demokratie in Polen hat, auf den Stand der patriotischen Gefühle und schließlich auf die Politik. Demokratie hat nur dann einen Sinn, wenn sie eine Form der Realisierung des Gemeinwohls darstellt oder auch, anders gesagt, wenn sie dem allgemeinen Interesse jener Menschen dient, die diese demokratische Gemeinschaft bilden. Dieses setzt voraus, dass solch eine, wenn auch kleine Gemeinschaft überhaupt existiert. In der heutigen Welt sind es meist sogenannte Nationalstaaten, die solche Gemeinschaften bilden. Wie ist es also um diese Gemeinschaft im Polen des Jahres 2006 bestellt?

Die Gesellschaft hat sich so stark aufgespalten und vor allem sind die Aufstiegschancen der benachteiligten Gruppen so gering, dass ein großer Teil der Gesellschaft keinerlei Perspektiven hat, im Leben voranzukommen. Das wäre zwar beklagenswert, aber vielleicht langfristig noch zu verschmerzen, wenn es nur die älteren Menschen betreffen würde. Es geht jedoch auch um eine sehr große Gruppe junger Menschen, die sich in solch einer Situation befinden, darunter nicht nur junge Leute aus dem ländlichen Siedlungsbereich, sondern auch aus Warschau und anderen Großstädten. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit oder der immensen Unterschiede im Erziehungssystem können sie lediglich darauf hoffen, ihren sozialen Status zu halten. So leben sie mit dem Gefühl, ausgeschlossen zu sein, und interessieren sich deshalb auch nicht für die Probleme, mit denen sich der Rest der Gesellschaft beschäftigt. Warum sollten sie sich auch für Politik oder Kultur interessieren, wo doch Politik und Kultur für sie gar nicht bestimmt sind und sie von den Politikern nichts zu erwarten haben? So kommt es, dass sie nicht nur nicht wählen gehen – nicht einmal bei den Kommunalwahlen –, sondern dass sie, was soziologische Untersuchungen belegen, oft nicht einmal wissen, wer an der Regierung ist und welche politischen Parteien es gibt.

Kann man denn in so einem Fall wirklich von einer politischen Gemeinschaft sprechen? Ich glaube nicht, und selbst wenn die Erniedrigten und Beleidigten in der Regel keine Aufstände anzetteln und auch keine Revolutionen vom Zaun brechen, so erschüttert doch allein die Tatsache ihrer Existenz unser Gerechtigkeitsgefühl und ruft in uns Empörung hervor. Im Grunde genommen haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, wie wir sie schon seit Längerem in den USA beobachten. Die Ghettos der schwarzen Bevölkerung haben aufgehört ein Problem zu sein, weil ihre Einwohner nicht mehr protestieren, aber sie gehen auch nicht zu den Wahlen, und aus diesem Grund interessieren sich die Politiker und der Rest der Bevölkerung nicht für sie, von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen. Auch in Polen stellt dieses Ausgeschlossenensein kaum ein gesellschaftliches oder politisches Problem dar, zumindest scheint es so auf den ersten Blick zu sein, und dieser Eindruck genügt den Politikern.

In Wirklichkeit aber wird durch einen solch umfassenden Ausschluss ganzer Bevölkerungsteile von der Möglichkeit des gesellschaftlichen Aufstiegs ein fundamentales politisches Problem geschaffen, von dessen Tragweite die Politiker sich im Allgemeinen

keine Vorstellung machen, das aber immer deutlicher zu spüren sein wird. Es geht hier nämlich um das Problem eines gesellschaftlichen und nationalen Minimalkonsenses, der für das Funktionieren einer jeden Gesellschaft und eines jeden Staates – und dies nicht nur des demokratischen – unerlässlich ist, mit Ausnahme der totalitären Regime. Dieser minimale oder auch elementare gesellschaftliche Konsens ist deswegen unverzichtbar, weil die Politiker über die Berechtigung verfügen müssen, in den Situationen des Alltags, und besonders in den schwierigen, zu handeln.

In Polen sind es nicht nur besagte 20 bis 40 Prozent (abhängig von den angelegten Kriterien) der Ausgeschlossenen, die sich an keiner Form einer Stimmabgabe beteiligen, sondern auch andere gesellschaftliche Gruppen bleiben diesen Aktionen fern, wie zum Beispiel ein bedeutender Teil der Unternehmer, die einzig und allein an günstigen Geschäftsbedingungen interessiert sind, die aber offenbar der Frage, ob ihre Aktivitäten auch dem Interesse der Allgemeinheit dienen, keinerlei Bedeutung beimessen. Im Übrigen besteht kein Anlass, von ihnen eine solche Überlegung zu erwarten, solange erstens die neoliberale Doktrin herrscht, die in ihrem Grundsatz solche Bedenken ausschließt, und solange zweitens der Staat nichts unternimmt, um es Unternehmern schmackhaft zu machen, in die Gesellschaft zu investieren oder sich auch nur für sie zu interessieren. Es existieren beispielsweise keinerlei finanzielle oder steuerliche Anreize, die die Bildung von Stiftungen fördern würden oder zur Unterstützung bereits bestehender Stiftungen genutzt werden könnten. Andere gesellschaftliche und berufliche Gruppierungen konzentrieren sich auf den Kampf um ihre angestammten Rechte, vor allem um höhere Gehälter (Ärzte, Lehrer), und haben auch nicht das Gefühl, an einem weitgreifenden, elementaren Gesellschaftsvertrag mitzuarbeiten, sondern verlangen nur (ähnlich wie die Landwirte), und das zumeist mit gutem Grund, verschiedene Leistungen für ihren Berufsstand, ohne dabei das Allgemeinwohl zu berücksichtigen.

Wo aber ist denn diese Allgemeinheit? In regelmäßigen Abständen fangen die rechten Politiker an, Krokodilstränen zu weinen und die Linken oder Liberalen daran zu erinnern, dass sie am Niedergang des Patriotismus in Polen schuld sind. Richtig an dieser Behauptung ist lediglich die Beobachtung, dass der polnische Patriotismus tatsächlich fast auf null zurückgegangen ist. Dieses Phänomen hat polnische und internationale Historiker in Erstaunen versetzt, die in den Jahrzehnten vor 1989 beobachten konnten, dass der Patriotismus für die Polen die wichtigste kollektive Empfindung war. Ich ringe jedesmal die Hände, wenn ich wieder einmal höre, dass junge, gut ausgebildete Leute ohne den geringsten patriotischen Schmerz Polen für immer verlassen, um beispielsweise in Irland zu arbeiten. Das Verhalten dieser jungen Menschen ist vollkommen verständlich, wenn man sich die hohe Arbeitslosigkeit in Polen oder die skandalös niedrige Bezahlung der Ärzte vor Augen hält. Darum geht es hier jedoch nicht, sondern es geht um die Frage, ob eine Form von Gemeinschaft überhaupt noch existiert, und zwar nicht nur eine Interessengemeinschaft, sondern eine Gemeinschaft, die den stolzen Namen Vaterland verdiente. Solch eine staatsbürgerliche Lebensgemeinschaft funktioniert derzeit in Polen praktisch nicht, was nicht nur moralische Auswirkungen hat (darüber möchte ich mich hier nicht näher auslassen), sondern auch politische. Betroffen sind von dieser Tatsache besonders Menschen unter 50 Jahren, das heißt die zurzeit produktivste Generation einschließlich der ihr folgenden.

Man hat versucht, dieses Wir-Gefühl wieder zu wecken. Man beruft sich auf die Tradition der ersten Volksrepublik, gemahnt an den Warschauer Aufstand oder ersetzt den bisherigen Lektürekanon der Schulen durch »nationalere« Texte (und so tauchen statt Gombrowicz wieder die *Kreuzritter* von Henryk Sienkiewicz auf), aber es gibt keinerlei Hoffnung, dass diese von oben gesteuerten Maßnahmen wirklich Erfolg haben könnten. Einige Kommentatoren meinen, dass das Verschwinden patriotischer Gefühle in Zeiten der Europäischen Union nichts Schlechtes sei – im Gegenteil. Dabei vergessen sie aber anscheinend die Tatsache, dass die Europäische Union immer noch ein Zusammenschluss von Nationalstaaten ist und dies auch noch lange bleiben wird. Und ein beträchtlicher Teil dieser Staaten stützt sich auf zwei Faktoren: auf die Elastizität der Wirtschaft und auf die Unterstützung, die die jeweiligen Regierungen – egal welcher Partei – in ihren politischen Gremien und durch ihre Bürger erhalten. Ich fürchte, dass das Polen des Jahres 2006 unter diesem zweiten Gesichtspunkt ein außergewöhnlich schwaches Bild abgibt, und ich sehe gegenwärtig auch keine Hoffnung auf eine Besserung der Situation.

Aus dem Polnischen von Karen Höhling